

«Diese Initiative ist ein Fall für den Kassensturz»

Initiative «Jetz si mir draa» im Kantonsrat Solothurn, am 2. September 2020

Urs Huber nimmt als Sprecher der SP-Fraktion Stellung

Urs Huber (SP). Ich spreche im Namen der Fraktion SP/Junge SP, der Partei des Mittelstands. Ich spreche für eine klare Mehrheit. Es gibt gewisse Differenzen, jedoch nur in der Unterscheidung des Vorgehens. Wir lehnen die Initiative ab, wir sind nur mit dem Titel einverstanden, nämlich mit einer Senkung der Steuern für mittlere und tiefe Einkommen. Ich könnte es jetzt kurz machen und sagen, dass Sie die Kolumne von Christian Wanner von heute lesen sollen. Dann wissen Sie, wie Sie abstimmen müssen.

Unsere Fraktion lehnt die Initiative inhaltlich ab, damit das hier ganz klar deponiert ist. Würde heute nur die Frage gestellt, ob man Ja zu dieser Initiative sagt, so wäre die Antwort von allen: «Nie im Leben.» Eine grosse Mehrheit der Fraktion lehnt auch den Gegenvorschlag, also den Antrag der Finanzkommission ab. Leider ist auch der Antrag der Fraktion FDP.Die Liberalen, der schriftlich vorliegt, eher eine Verschlimmbesserung. Über die interessanten Ausführungen von Christian Thalmann könnte man diskutieren. Es war eine Art Brainstorming.

Woher kommt unsere Nein-Haltung? Ganz einfach: **Diese Initiative ist ein Fall für den Kassensturz. Auf der Verpackung steht nicht, was drin ist. Die extremen Nebenwirkungen sind dem Produzenten egal.** Vielleicht gibt es weniger Steuern für mittlere und tiefe Einkommen - eventuell eher zufällig. Aber der massgebliche Text lautet schlicht «allgemeine Steuersenkung». Es steht mit keinem Wort etwas von kleinen und mittleren Einkommen. Und lesen können wir selber, wenn es heisst, dass es anders ist. Warum sollten wir einem solchen Etikettenschwindel zustimmen? Dann wären noch die finanziellen Folgen zu beachten. Der Initiativtext verlangt eine Anpassung der durchschnittlichen Steuerbelastung im Kanton in zwei Schritten. Das würde, gestützt auf aktuelle Zahlen, auf das Jahr 2023 massive Ausfälle bedeuten und ab dem Jahr 2030 wären sie extrem. Wie soll das gehen? Wie soll man diese Ausfälle auffangen? Wenn ich die Zahlen für meine kleine Gemeinde Obergösgen sehe, so wird mir fast schlecht dabei.

Wer dieser formulierten Initiative zustimmt, ist aus unserer Sicht bezüglich der Folgen entweder ein Dreamer - Sie wissen **«you are a dreamer» - ein finanzpolitischer Hasardeur oder ein Libertärer.** Das wäre also jemand, der grundsätzlich kein Problem hat mit dem Slogan: «Mach aus dem Staat Gurkensalat». Es ist ihnen egal, wenn der Staat, der Kanton und die Gemeinden kein Geld haben, weil man gar keinen Staat will oder nur eine Miniausgabe davon - mit allen Folgen für Schulen, Soziales, Gesundheit und Infrastruktur. Und das will man ausgerechnet heute, in der jetzigen Zeit von Corona. **Oder - viertens - man hat sich schlicht verrennt.**

Nur damit wir uns richtig verstehen: Man kann immer und überall sparen. Manchmal geht das einfach, manchmal weniger einfach, manchmal ist sinnvoll und ganz oft ist es einfach kontraproduktiv. Aber hier müsste man nicht sparen, sondern man müsste einschneiden, abschneiden - ein Kahlschlag in staatlichen Kernbereichen. Anders würde es nicht gehen.

Die Fraktion SP/Junge SP ist klar für die Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen. Das haben wir immer bewiesen, schon bei früheren Vorlagen, mit erfolgreichen oder mit meist leider wenig erfolgreichen Anträgen. Wir haben auch jetzt gerade einen hängigen Auftrag der Fraktion SP/Junge SP, der in diese Richtung zielt. Wieso sollen wir in dieser Situation dieser Initiative zustimmen? Die Entlastung von kleinen und mittleren Haushalten kann übrigens durchaus im Bereich der Krankenkassenprämien geschehen, weil diese Belastung bekanntlich alle drückt und sie würde sogar noch die Gemeinden verschonen.

Ich habe keine Angst vor dieser Initiative - Null. Das Volk hat schon im Jahr 2014 in einer Abstimmung zu einer Volksinitiative der SVP, die immerhin den richtigen Titel getragen hat, nämlich «Weniger Steuern für alle» entschieden. Am 9. Februar 2014 haben zwei Drittel Nein gesagt. Zwei Drittel haben Nein gesagt zu

Einnahmeausfällen von 75 Millionen Franken. Das war bereits zu viel. **Wie es der Sprecher der einstimmigen Fraktion FDP.Die Liberalen, der ehrenwerte Kollege Hans Büttiker ausgedrückt hat: «Finanziell nicht verkraftbar.»** Und jetzt soll das gleiche Volk plötzlich Ausfälle von 146 Millionen Franken und von über 300 Millionen Franken gutheissen? Und das in diesen unsicheren Zeiten? Es ist kaum zu glauben. Weshalb sollte man diese Initiative unterstützen, die den Kanton und die Gemeinden ruiniert und damit nicht einmal die mittleren und tiefen Einkommen bevorzugt? Strategie und Taktik sind per se nichts Schlechtes. Aber bei jeder Strategie und Taktik sollte man etwas weiter denken als bis zur heutigen Kantonsratsdebatte. Wenn 2014 ein Betrag von 75 Millionen Franken eindeutig zu viel war, so nehme ich an, dass der heutige Gegenvorschlag der Fraktion FDP.Die Liberalen zu Steuerausfällen von höchstens 74 Millionen Franken führen kann. Oder was meint Hans Büttiker dazu? 74 Millionen Franken sind gerade ein Viertel der Folgen der Volksinitiative «Jetzt si mir draa». Das hat doch schlicht nichts miteinander zu tun und das soll man auch so sagen. Dazu braucht es keinen Gegenvorschlag.

Wie gesagt haben wir bereits überwiesene Aufträge. Es braucht nicht noch einmal zwei Jahre, damit wir dann entweder sagen «unbezahlbar» oder «unglaublich». Die Haltung des Verbands Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) ist auch klar. Es ist ihnen nichts anderes übrig geblieben, wenn man von den ideologischen Highflyer-Diskussionen zu den echten Zahlen und zu den echten Folgen gelangt ist. Hier in der Hand habe ich die Killerliste der Abstimmung, nämlich die Folgen für die einzelnen Gemeinden. Wenn man das den Bürgern zeigt, so gibt es keine grossen Diskussionen mehr. Die Kantonsräte können finanzpolitische Hasardeure sein. Die Gemeindepräsidenten und Gemeindepräsidentinnen können das nicht sein. Sie tragen die direkte Verantwortung. Sie müssen die Ausgaben und die Einnahmen in harten Franken im Auge behalten und können sich nicht auf die Aussage «Es ist ja nur eine allgemeine Anregung» verlassen.

Es ist offensichtlich, dass trotzdem viele dem Antrag der Finanzkommission folgen werden. Sie wollen einen Gegenvorschlag. Ich behaupte nun einmal, dass dies zum grössten Teil aus strategisch-taktischen Gründen so ist. Um es nochmals klar zu stellen: Taktik und Strategie ist nicht per se schlecht. Aber für uns hat alles eine Grenze und da können wir nicht mehr mitspielen. Wir sind überzeugt, dass jemand, der schnell etwas möchte, nicht zuerst einen Antrag zu diesem Thema stellen muss, das Ganze dann für zwei Jahre in höhere Sphären abhebt und in eine politische Umlaufbahn wegbeamt - und während zwei Jahren nichts passiert. Wer schnell etwas will, der sagt heute Nein zu dieser Initiative. Das ist wohl das, was die meisten hier im Saal möchten.

Zusammenfassend möchte ich daher unser heutiges Nein noch einmal begründen. **Die Initiative ist ein Etikettenschwindel. Wir sagen Nein, denn sie ruiniert den Kanton und die Gemeinden. Wir sagen Nein zu einem unkalkulierbaren Risiko, gerade jetzt in Zeiten von Corona.** Wir sagen Nein zu einem Gegenvorschlag. Er gaukelt eine Lösung vor, spielt aber eigentlich nur auf Zeit. Wir sagen Nein zur Initiative, damit die Bürger schnell und klar ihre Meinung äussern können, nämlich im November an der Urne. Liebe Initianten, das ist doch tip-top und in Ihrem Sinn. Wir sagen weiter Ja zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, möglichst schnell, aber verkraftbar. Daher unterstützen wir den Antrag des Regierungsrats.